

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe September 2016

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Die Flexi-Rente kommt – Wahlfreiheit für den „mündigen Bürger“

Es wird oft vom mündigen Bürger gesprochen, doch tatsächlich nimmt der Staat ihm zahlreiche wichtige Entscheidungen ab. Beispielsweise in der Frage der Verrentung. Die jahrzehntelang geltende Regel, nach der mit Vollendung des 65. Lebensjahres ein Arbeitnehmer aus dem Arbeitsleben auszuschneiden hatte, wurde mit der „Rente mit 63“ bereits aufgeweicht. Mit einem Gesetzesentwurf zur „Flexi-Rente“, die der CGB seit langem fordert, hat die Bundesregierung nun einen Weg eingeschlagen, der dem Bild des „mündigen“ Bürgers etwas näher kommt.


Die Möglichkeit, vor Erreichen der Regelaltersgrenze eine Teilzeitarbeit durch eine Teilrente zu ergänzen, wird verbessert. Teilrente und Hinzuverdienst werden flexibel und individuell miteinander kombinierbar. Hinzuverdienst wird im Rahmen einer Jahresbetrachtung stufenlos bei der Rente berücksichtigt. Das gilt auch für Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Wer eine vorgezogene Vollrente wegen Alters bezieht und weiterarbeitet, erhöht dadurch künftig regelmäßig den Rentenanspruch. Auch Vollrentnerinnen und Vollrentner sind fortan in der gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig, bis sie die Regelaltersgrenze erreichen. Um einen Anreiz für eine Beschäftigung auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze zu setzen, wird die Möglichkeit geschaffen, auf die dann bestehende Versicherungsfreiheit zu verzichten. Die Beschäftigten können so weitere Entgeltpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben und ihren Rentenanspruch noch erhöhen.

Versicherte können früher und flexibler als bisher zusätzlich Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen, um Rentenabschläge auszugleichen, die mit einer geplanten vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente einhergehen würden. Die Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird für Arbeitgeber attraktiver. Der bisher anfallende gesonderte Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosenversicherung für Beschäftigte, die die Regelaltersgrenze erreicht haben und somit versicherungsfrei sind, entfällt für fünf Jahre.

Das Parlament wird sich in den kommenden Wochen mit diesem Gesetzesentwurf befassen. Es ist zu hoffen, dass er in seinen wesentlichen Aussagen erhalten bleibt.

Matthäus Strebl, MdB
CGB-Bundesvorsitzender

A handwritten signature in black ink that reads 'Matthäus Strebl'.

Matthäus Strebl, MdB
Bundesvorsitzender

Aktuelles Thema

CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS



Offener Brief von dem CGB Bundesvorsitzenden und MdB Matthäus Strebl in dem er feststellt, dass die Nullzins-Politik die Europa-Verdrossenheit fördert und die Arbeitnehmer Draghis einsame Beschlüsse ausbaden müssen.

„Die Nullzinspolitik der europäischen Zentralbank hat zu einer zunehmenden Verunsicherung der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. Sparerinnen und Sparer geführt.“ Das betont der Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB), Matthäus Strebl. Es vergehe keine Veranstaltung, in der er nicht darauf angesprochen werde, dass EZB-Präsident Draghi einerseits den „kleinen Leuten“ das Ersparte massiv kürze, andererseits aber Monat für Monat zig Milliarden Euro mit der Gießkanne über Euro-Staaten ausgieße, ohne dass dies die gewünschten arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen habe.



Vor dem Hintergrund jetzt drohender Strafzinsen für Banken und Sparkassen für Gelder, die sie bei ihren Spitzeninstituten lagerten, hat Strebl den nachfolgenden Offenen Brief an den EZB-Präsidenten gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident,

es ist nachvollziehbar, dass Sie als Präsident der Europäischen Zentralbank - EZB - hoch über Frankfurt/M. mit den Sorgen und Nöten von Arbeitnehmern oder Rentnern nur marginal oder gar nicht befasst sind. Offensichtlich auch deshalb nehmen Sie in Ihrer Geldmarkt- und Zinspolitik keine Rücksicht auf die Belange dieser Bevölkerungskreise.

Wenn beispielsweise allein die deutschen Sparer seit Beginn der Finanzmarktkrise durch die Niedrigzinspolitik der EZB rund 200 Milliarden Euro verloren haben, dann hat das für den Einzelnen bisweilen existenzgefährdende Konsequenzen. Sie entspricht aber lediglich der dreifachen Summe der Mittel, die die EZB monatlich zur Ankurbelung von Investitionen in den EU-Ländern in den Geldkreislauf pumpt.

Mit den Folgen Ihrer Niedrig- inzwischen Null-Zinspolitik wird nicht die EZB konfrontiert, sondern Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern haben sie auszubaden,

weil beispielsweise Lebensversicherern die Möglichkeiten ertragreicher Geldanlagen genommen wurden. Damit ist die Altersarmut vieler Menschen vorprogrammiert.

Ihre Rechnung, die Zinspolitik der EZB würde in hohem Maß Investitionen auslösen, ist so nicht aufgegangen. Stattdessen haben Sparer reale Verluste hinzunehmen. Gleichzeitig jedoch darf die griechische Regierung sich freuen, weil die EZB inzwischen (fast wertlose) griechische Staatspapiere für viel Geld aufkauft.

Fragwürdig ist auch das Vorgehen, EZB- und damit Steuerzahlermittel gewissermaßen mit der Gießkanne auszustreuen. Gezielte Hilfen wären sicherlich wirksamer, nicht so kostenintensiv und vor allem weniger missbrauchsanfällig. Wenn die EZB-Beschlüsse nun auch noch dazu führen, dass Banken und Sparkassen künftig Strafzinsen für Geld zahlen müssen, das sie bei ihren Spitzeninstituten lagern, dann halte ich das für pervers. Die EZB stellt das gesamte Geldmarktwesen von den Füßen auf den Kopf, ohne in irgendeiner Weise dazu demokratisch legitimiert zu sein.

Die EU sollte, darauf wurde in den vergangenen Jahren oft hingewiesen, keine „Transferunion“ werden. Mit Ihrer Politik tragen Sie jedoch maßgeblich dazu bei, dass Grundwerte der einstigen EU heute keine Bedeutung mehr haben. Letztlich - und das sollte Ihnen zu denken geben - fördert die EZB die viel genannte Europa-Verdrossenheit. Wohin dies führen kann, haben die Briten mit ihrem Brexit-Votum demonstriert.

Dieser Brief wird natürlich nicht zu einer Änderung Ihrer Finanzmarktpolitik führen. Wenn er Grund bietet, über die angesprochenen Fragen nachzudenken, hätte er seinen Zweck bereits erfüllt.

Mit freundlichen Grüßen

Matthäus Strebl, MdB

PM CGB im August 2016

* * * *

Aus den Gewerkschaften

CGB/DHV Infostand in Erfurt anlässlich der Tarifverhandlungen mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) Thüringen zu Problemen der Wohlfahrtspflege ein voller Erfolg!



Der am Montag, den 19. September in Erfurt aufgestellte Informationsstand der DHV – Die Berufsgewerkschaft e.V., mit der Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands (CGB)rief eine große und positive Resonanz bei den Passanten in der Erfurter Innenstadt hervor.

Dabei erwies sich die zentrale Lage am Angerdreieck als sehr vorteilhaft. In zahlreichen Gesprächen erläuterten die anwesenden Gewerkschaftsmitglieder und -vertreter die Anliegen der Beschäftigten beim Deutschen Roten Kreuz in Thüringen. Dabei stießen sie auf viel Verständnis für unsere Forderungen nach Verbesserungen der Einkommens und Arbeitsbedingungen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein Informationsschreiben verteilt, in welchem die aktuell brennenden Themen der Wohlfahrtspflege noch einmal deutlich beschrieben wurden.



Ebenso nahmen auch politische Entscheidungsträger und die örtlichen Medien Notiz von unserer Aktion. Damit konnte am Abend ein positives Resümee gezogen werden. Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten beim Deutschen Roten Kreuz in Thüringen werden am 04. Oktober fortgesetzt.



PM DHV im September 2016

* * * *



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

VBG Arbeitsschutzpreise verliehen – CGB gratuliert Preisträgern

Am 29. Juni hat die Verwaltungsberufsgenossenschaft in Bonn die Preisträger ihres Arbeitsschutzpreises 2016 ausgezeichnet. Die größte gewerbliche Berufsgenossenschaft, die u.a. für den Arbeitsschutz von mehr als 9 Millionen abhängig Beschäftigten in rund 1,1 Millionen Unternehmen zuständig ist, verleiht seit 2010 regelmäßig Arbeitsschutzpreise für besonders erfolgreiche und praxistaugliche Präventionsmaßnahmen, die mit Preisgeldern von bis zu 15.000 Euro dotiert sind.

In diesem Jahr konnten sich elf Unternehmen, Einrichtungen und Vereine über Arbeitsschutzpreise freuen, darunter auch eine kirchliche Einrichtung. Die Evangelische Fachstelle für Arbeits- und Gesundheitsschutz der EKD (EFAS) mit Sitz in Hannover erhielt für ihre Präventionskampagne „eile achtsam“ zur Vermeidung von Sturzunfällen den Arbeitsschutzpreis in Silber in der Kategorie „Organisation von Arbeitsschutz und Motivation“. Sie hat in einem Drei-Jahres-

Programm mit einem großflächig angelegten Kommunikationskonzept und 67 lokalen Aktionstagen Kirchengemeinden und Einrichtungen der EKD Impulse und Denkanstöße zur Unfallprävention geliefert. Im Mittelpunkt standen dabei die Gefahren von Stolper-, Rutsch- und Sturzunfällen, die in der EKD Kosten von jährlich 2 Millionen Euro verursachen.

Weitere Arbeitsschutzpreise gingen an die Bremer Straßenbahn AG (BSAG), die Carglass GmbH Köln, die ING-DiBa AG, die Securitas Power & Service GmbH & Co KG - Objekt Biblis, die autonome Jugend Werkstätten Hamburg e.V. sowie das Zeitarbeitsunternehmen I. K. Hofmann GmbH mit Sitz in Nürnberg. Erstmals wurde auch ein Jugendpräventionspreis vergeben, den das Werk Mitterteich der SCHOTT AG erhielt.

Besondere Aufmerksamkeit bei der Preisverleihung fanden die Präventionspreise, die in der Kategorie Sport verliehen wurden. Preisträger hier waren in diesem Jahr die Fußball-Bundesligisten Hannover 96 und TSG 1899 Hoffenheim, die für ihre Projekte "Software zur interaktiven Beanspruchungssteuerung von Nachwuchsfußballern" bzw. "Verletzungsprävention durch funktionelles therapeutisches Präventivtraining" ausgezeichnet wurden sowie die Handballer vom ASV Hamm, die sich über einen Preis für ihr „(P)rehabilitation-Projekt“ freuen durften.

Der Förderung der Prävention im Sport misst die VBG seit einigen Jahren besondere Bedeutung bei, da insbesondere in Sportarten wie Fußball, Handball und Eishockey im Bereich des Leistungssports eine hohe Unfallhäufigkeit zu verzeichnen ist, deren Folgen alle Mitgliedsbetriebe der VBG zu tragen haben, da die Berufsgenossenschaft von den Sportvereinen keine kostengerechten Beiträge erheben kann.

Der Bremer CGB-Landesvorsitzende Peter Rudolph, der die christlichen Gewerkschaften in der Vertreterversammlung der VBG vertritt und auch als Gast an der Verleihung



der Arbeitsschutzpreise teilgenommen hat, sieht in dem VBG-Arbeitsschutzpreis einen wichtigen Beitrag, um Unternehmen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit für vorbeugenden Arbeits- und Gesundheitsschutz zu motivieren. Er weist darauf, dass zwar die Zahl der Arbeitsunfälle rückläufig ist, die Zahl der arbeitsbedingten psychischen Erkrankungen jedoch zunimmt. Verstärkte Prävention in diesem Bereich sei deshalb dringend geboten. Der CGB erinnert in diesem Zusammenhang an die Verpflichtung der Unternehmen zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen, der leider insbesondere in kleineren und mittleren Betrieben nicht flächendeckend und im erforderlichen Umfang nachgekommen wird. Rudolph: „Besonders die Beurteilung psychischer Arbeitsbelastungen kommt häufig zu kurz. Dabei hat das Bundesar-

beitsgericht bereits 2008 klargestellt, dass Gefährdungsbeurteilung nicht nur auf das Aufspüren und Erkennen unmittelbarer gesundheitlicher Gefahren beschränkt ist.“

PM CGB im August 2016

* * * *

Christliche Gewerkschaft Metall unterstützt die Pläne des Bundesarbeitsministeriums und sagt Ja zur Renteneinheit



Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unter Andrea Nahles plädiert für eine steuerfinanzierte Angleichung der Ost- und Westrenten. Das Bundesministerium für Finanzen unter Wolfgang Schäuble sieht die Beitragszahler, also die gesetzliche Rentenversicherung, in der Pflicht die Kosten hierfür zu tragen.

Adalbert Ewen: "Nahles bringt es bei diesem Thema auf den Punkt. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vom Bund, also aus den Steueraufkommen, finanziert und getragen werden sollte, was bei anderen Rentenverbesserungen nie berücksichtigt wurde. Es wird Zeit für einen Paradigmenwechsel in dieser politischen Frage des endgültigen Zusammenwachsens von Ost und West, die den Mensch, den gesellschaftlichen Ausgleich und nicht den Haushaltstopf oder die Interessen der Finanzindustrie ins Zentrum des Handelns stellt. Deshalb fordern wir von der CGM von der Bundesregierung, die seit 125 Jahren bewährte umlagefinanzierte Rente zu stärken. Es zählt nicht nur die Menge an Beitragszahlern beim Rentenniveau. Auch die Produktivitätssteigerung und der damit gekoppelte Anstieg der Nettoeinkommen wird uns in Zukunft zu Gute kommen.

Deshalb braucht es neue Überlegungen, wie das bisher bewährte System ergänzt und ordnungspolitisch sauber besser finanziert werden kann!"

PM CGM im September 2016

* * * *

Saarländische Landesregierung und Gewerkschaften stellen sich den Herausforderungen im Öffentlichen Dienst



Spitzengespräche mit der Landesregierung und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst und Dienstleitungen (GÖD). Veränderte Bevölkerungsentwicklung und Herausforderungen für die innere Sicherheit nicht vereinbar mit dem Stellenabbau in der Landesverwaltung. Mit dem Saarländischen Weg haben die Spitzengespräche mit der Landesregierung und der Gewerkschaft öffentlicher Dienst (GÖD), Christlicher Gewerkschaftsbund (CGB), Deutscher Beamtenbund (DBB) und Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 2012 begonnen und sind am 20.09.2016 in 8. Runde fortgesetzt worden. Im Mittelpunkt der 8. Runde standen die aktuellen Entwicklungen zur inneren Sicherheit und Herausforderungen für den öffentlichen

Dienst zur Bewältigung der Situation geflüchteter Menschen.

Die veränderte Bevölkerungsentwicklung erfordert eine Anpassung an das Arbeitsprogramm zwischen Landesregierung und Gewerkschaften zur „Zukunftssicheren Landesverwaltung“. So wird der angestrebte Stellenabbau in der Landesverwaltung, immer auch Kritikpunkt der Gewerkschaft GÖD, nicht umgesetzt werden können. Die Flüchtlingszahlen haben die Bevölkerungszahlen erhöht, sodass mehr Personal an Schulen, der Schulsozialarbeit, Wirtschaftsverwaltung und in der übrigen Landesverwaltung benötigt wird. „Was 2012 als verzichtbar galt, kann bei der aktuellen Entwicklung nicht aufrechterhalten werden“, so der GÖD Fachreferent Nico Caló und führt fort: „Die Planungszahlen haben sich eindeutig verändert“. Ging die Spitzenrunde 2012 von einer Verringerung, ist heute mit einer ansteigenden Bevölkerungszahl auszugehen. Die Einsparpotenziale bei Bevölkerungszuwachs müssen daher überarbeitet werden, so der GÖD Landesvorsitzende Herbert Fontaine.

Ein weiteres Thema war die innere Sicherheit. Die Innere Sicherheit steht vor größeren Herausforderungen als zu Beginn der Spitzenrunde 2012. Die Terrorgefahr wirft Schatten voraus, welche Einsparungen bei Polizei und Justiz im geplanten Umfang im Widerspruch zur gestellten Herausforderung stehen. Die Belastungen der Beschäftigten haben durch die Bedrohungslage zugenommen.

In den Gesprächen mit der Landesregierung stand für die Gewerkschaft GÖD immer im Mittelpunkt, dass eine Personaleinsparung in der Landesverwaltung nicht zu mehr Arbeitsverdichtung führen darf. Im Dialog mit der Landesregierung hat sich daher die Gewerkschaft GÖD an den Arbeiten für ein „Personalmanagementkonzept der saarländischen Landesverwaltung“ beteiligt, dessen Ergebnisse in der 8. Spitzenrunde am 20.09.2016 vorgestellt wurden und nun abgeschlossen sind.

Ein Ergebnis der 8. Spitzenrunde ist auch, dass die Gewerkschaft GÖD den saarländischen Weg des Dialogs mit der Landesregierung fortsetzen wird. Ein Dialog auf Augenhöhe haben die Spitzenrunden bewiesen sind zielführender, als übereinander und nicht miteinander zu reden.

PM GÖD im September 2016

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.